



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen von  
Christliche Initiative Romero (CIR)**

**Forderung 1: Menschenrechte effektiv schützen****Antwort (Vorbemerkung):**

Die CDU und CSU möchten in der nächsten Legislaturperiode weiterhin den Schutz der Menschenrechte weltweit zu einem Markenzeichen christlich-demokratischer und christlich-sozialer Politik machen. Die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland enthält eine Vielzahl von Normen, die den Schutz der Menschenrechte zum zentralen Inhalt haben. Sie sind für alle Unternehmen verbindlich. Die Geschäftstätigkeit vieler Unternehmen hat internationale Bezüge. Dann müssen darüber hinaus Verfahren entwickelt und implementiert werden, die zur Ermittlung und Verhinderung tatsächlicher oder potenziell nachteiliger Auswirkungen auf die Menschenrechte der durch die wirtschaftliche Tätigkeit dieser Unternehmen betroffenen Personen führen.

**a) Setzen Sie sich für eine gesetzlich verbindliche Regelung in Deutschland ein, nach der Unternehmer ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachkommen müssen?**

**Wenn ja, wie?**

**Antwort:**

Eine nationale, gesetzlich verbindliche Regelung, nach der Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachkommen müssen, empfehlen CDU und CSU nicht. Sie hätte keinen Effekt auf die Menschenrechtssituation, sondern würde eine Verlagerung von Handelswegen hervorrufen. Eine Verteuerung der Verbraucherpreise in Deutschland ohne Verbesserung der Menschenrechtssituation in den Ländern der Lieferketten wäre zu erwarten. Stattdessen plädieren CDU und CSU weiterhin für freiwillige Maßnahmen, wie sie beispielsweise mit dem Textilsiegel sachlich erfolgreich und mit breiter öffentlicher Wahrnehmung in dieser Legislaturperiode eingeführt wurden. Darüber hinaus halten CDU und CSU internationale Abkommen für wirksamer und realistischer, weil sie Wettbewerbsnachteile einer einzigen Volkswirtschaft oder einer kleineren Gruppe von ihnen und Wettbewerbsvorteile für die anderen vermeiden würden („Level Playing Field“).

An den Produktionsstandorten in Entwicklungsländern würde eine punktuelle, nicht kostenneutrale Verbesserung der Arbeitsbedingungen – etwa durch kürzere Arbeitszeiten,

klimatisierte Produktionsräume etc. - zu Wettbewerbsnachteilen und zu Arbeitslosigkeit bei den teilnehmenden Unternehmen in einzelnen Staaten oder zwischen Staaten führen. Auch deshalb ist eine internationale Übereinkunft vorzuziehen, die Chancen auf weltweite Beachtung hätte. Solange dies nicht gewährleistet werden kann, erscheinen freiwillige Lösungen und der Appell an das Verantwortungsgefühl der Endverbraucher, die der Souverän in einem demokratisch verfassten Staat sind, als die bessere Lösung.

**b) Setzen Sie sich dafür ein, dass die zukünftige Bundesregierung aktiv die internationale Zusammenarbeit zu einem völkerrechtlich bindenden UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte (UN-Treaty) unterstützt? Wenn ja, wie?**

**Antwort:**

CDU und CSU begrüßen die Leitprinzipien der UN zu Wirtschaft und Menschenrechten, die in einem langjährigen Forschungs- und Konsultationsprozess unter Leitung des UN-Sonderbeauftragten Prof. John Ruggie erarbeitet worden sind. Zudem ist auf den nationalen Aktionsplan „Wirtschaft und Menschenrechte“, den die Bundesregierung im Dezember 2016 verabschiedet hat, verwiesen. Der Aktionsplan beinhaltet Verfahren zur Ermittlung von Menschenrechtsverletzungen, Maßnahmen und eine Wirksamkeitskontrolle zur Einhaltung menschenrechtlicher Standards sowie eine transparente Berichterstattung und einen Beschwerdemechanismus. Zudem wird das Prüfverfahren von Anträgen auf Übernahme von Exportkreditversicherungen, von Direktinvestitionen im Ausland und ungebundenen Finanzkrediten im Hinblick auf die Einhaltung menschenrechtlicher Belange intensiviert. Darüber hinaus wird ein umfassendes Monitoringverfahren etabliert. Falls Unternehmen die im Aktionsplan verankerten Standards nicht hinreichend annehmen, sieht der Plan für die Zukunft die Notwendigkeit von gesetzlichen Maßnahmen vor. Soweit Rechtsverstöße im deutschen Rechtsraum vorliegen, greift die nationale Gesetzgebung. UN-weite verbindliche rechtliche Regelungen sollten nach Auffassung von CDU und CSU vorerst nicht etabliert werden. Dafür gibt es schwerwiegende Gründe. Es gibt zahlreiche Staaten, in denen das Rechtsstaatsprinzip nicht oder nur eingeschränkt gilt. In diesen Staaten werden rechtliche Regelungen unterlaufen, was zu Wettbewerbsverzerrungen führt, ohne dass Fortschritt bei den Standards erreicht werden kann. Zahlreiche Staaten können - selbst wenn sie rechtliche Regelungen einhalten möchten – wegen schwacher Institutionen in den

Bereichen Gewerbeaufsicht, Polizei und Rechtsprechung die Wirksamkeit rechtlicher Vorgaben nicht gewährleisten.

### **Forderung 2: Rohstoffverbrauch senken**

**Setzen Sie sich über die Ressourceneffizienz hinaus dafür ein, dass der absolute Rohstoffverbrauch in Deutschland deutlich reduziert wird? Wenn ja, wie?**

#### **Antwort:**

CDU und CSU möchten, dass auch in der nächsten Legislaturperiode natürliche Ressourcen nachhaltiger genutzt und so die damit verbundenen Umweltbelastungen weiter reduziert werden. Das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm von 2012 sollte weiterentwickelt werden. Der letzte Fortschrittsbericht zum Deutschen Ressourceneffizienzprogramm deutet darauf hin, dass das Wirtschaftswachstum bereits vom Rohstoffeinsatz entkoppelt wurde.

Das Programm hat bereits eine Vielzahl von Aktivitäten und Initiativen auf allen Ebenen ausgelöst. Auch international gewinnt das Thema Ressourceneffizienz immer mehr an Bedeutung. Das Effizienzprogramm sollte aufbauend auf den Erfahrungen der letzten Jahre fortgeschrieben werden.

Zu den Maßnahmen, deren Effektivität und Effizienz vielversprechend erscheinen, gehören beispielsweise der Ausbau der Effizienzberatung für kleine und mittlere Unternehmen, die verstärkte Beschaffung ressourceneffizienter Produkte und Dienstleistungen durch die öffentliche Hand, verbesserte Verbraucherinformationen und ein stärkerer Technologie- und Wissenstransfer in Entwicklungs- und Schwellenländer.

### **Forderung 3: Zivilgesellschaft schützen**

**Setzen Sie sich dafür ein, dass die zukünftige Bundesregierung und die EU in bi- und multilateralen internationalen Verhandlungen konsequent den Schutz der Zivilgesellschaft einfordern und überwachen? Wenn ja, wie?**

**Antwort:**

CDU und CSU werden sich auch in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die Zivilgesellschaft frei ihre Rolle in der Gesellschaft wahrnehmen kann. Zivilgesellschaft ist die Welt der privaten Initiativen, der Vereine, der Kollegen, Freunde und Nachbarn - der „dritte Sektor“ neben der Wirtschaft und der Politik. Wenn Vereine und Initiativen an demokratischen Werten orientiert und selbst demokratisch strukturiert sind, dann können sie so etwas sein wie eine Schule der Demokratie. Darüber hinaus nehmen sie andere unverzichtbare Aufgaben wahr: sie können durch „Agenda-Setting“ Anliegen in der Öffentlichkeit thematisieren, die staatliche Stellen und die Wirtschaft nicht in den Vordergrund stellen. Aus Sicht von CDU und CSU kann eine Gesellschaft nur dann erfolgreich sein, wenn alle drei Sektoren gleichermaßen funktionieren. Es geht darum, zivile Werte und Interessen mit Zivilcourage zu verteidigen. Ohne Engagement der Zivilgesellschaft geht das kaum.

CDU und CSU werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass bei allen möglichen Gelegenheiten und Gesprächsformaten der Schutz der Zivilgesellschaft eingefordert wird. Die deutschen Auslandsvertretungen, die Arbeit mit ausländischen Botschaften in Berlin oder Delegationsreisen deutscher Politiker im Ausland werden kontinuierlich zum Schutz der Zivilgesellschaft genutzt. Exemplarisch geschieht dies auch durch die Treffen mit Vertretern der Zivilgesellschaft im Rahmen von Staatsbesuchen im Ausland. Die Förderung internationaler und deutscher NGOs durch Mittel aus öffentlichen Haushalten ist ebenfalls ein wichtiges Instrument.